



Bettina M. Wiesmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Zur Diskussion über Verschärfungen des Lockdown

Bettina M. Wiesmann MdB: „Wirtschaftsunternehmen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sind die Hotspots unserer Zukunft. Stilllegung ist hier keine Option“

Berlin/Frankfurt am Main, 14.01.2021

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227 79552

Fax: +49 30 227 70554

Wahlkreisbüro

Kurt-Schumacher-Straße 30-32

60313 Frankfurt am Main

Telefon: +49 69 153 099 183

Bettina.wiesmann@bundestag.de

www.bmwiesmann.de

Angesichts aktueller Gedankenspiele über die weitere Vertiefung des Lockdown bis hin zu einer weitgehenden Schließung auch der Wirtschaft äußert die Frankfurter Bundestagsabgeordnete Bettina M. Wiesmann (CDU) ernste Bedenken. „Unternehmen fallen nicht vom Himmel, sie sind das Ergebnis innovativer Ideen, harter Arbeit und steter Anpassungsprozesse im Wettbewerb und in Krisenzeiten. So auch in Zeiten von Corona: Die Pandemie hat nicht nur Familien und Arbeitnehmern, sondern auch Unternehmern und Managern enorm viel abverlangt. Ihnen ist es zu danken, dass wir von den Folgen der Pandemie bis heute in der materiellen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen wenig spüren. Die oft weitreichenden und ständig fortzuentwickelnden Anpassungsprozesse, die dies ermöglichen, werden kaum wahrgenommen, sind aber sehr beachtlich und keinesfalls selbstverständlich.“

Wiesmann, die der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) angehört, sorgt sich um das wirtschaftliche Fundament für die Bewältigung der Pandemiefolgen: „Wer glaubt, man könne „die Wirtschaft“ einfach so abschalten und dann wieder anknipsen wie eine Nachttischlampe, weiß wenig von den heutigen Bedingungen, Lieferketten und Produktionsprozessen. Im Übrigen wurden gerade in den Unternehmen bereits seit Beginn der Pandemie neue Wege beschritten, Abläufe umgestaltet, Mitarbeiter ins Homeoffice geschickt u.v.m., um Kontakte zu minimieren. Digitale Arbeitsformen sind in den meisten Branchen längst etabliert. Was unter diesen Umständen ein „Runterfahren der Wirtschaft“, wie vom thüringischen Ministerpräsidenten (Die Linke) ins Spiel gebracht, noch bringen soll, ist mir schleierhaft. Wir sollten lieber über systematische Tests und FFP2-Maskenpflicht überall dort sprechen, wo Kontakte unvermeidlich sind. Das betrifft sicherlich die Betriebe, aber genauso den ÖPNV, die Innenstädte und auch die Schulen.“

Im Hinblick auf die Zeit ab Februar bringe die ständige Verschärfungsrhetorik nichts. „Wir müssen unseren Wissensstand weiter verbessern. Neben den neuen Virus-Mutanten muss genauer untersucht werden, wo Infektionsherde noch unerkannt sind und was Schutzmaßnahmen wie FFP2-Masken, systematische Schnelltests oder bestimmte Luftfilter bringen. Wirtschaftsunternehmen, Bildungs- und



Forschungseinrichtungen sind die Hotspots unserer Zukunftschancen. Stilllegung ist hier keine Option“, so Wiesmann abschließend.